

# **Wahlprogramm**

## **Kommunalwahl 2020**

Bündnis 90 / Die Grünen Blomberg



[www.gruene-blomberg.de](http://www.gruene-blomberg.de)

Neue Torstraße 25

32825 Blomberg

Tel. 05235 / 501 321

Email: [info@gruene-blomberg.de](mailto:info@gruene-blomberg.de)

# Inhaltsverzeichnis

0	Einleitende Worte zum Wahlprogramm.....	3
1	Klima- und Naturschutz.....	4
	Solarenergie ausbauen.....	4
	Naturdenkmäler erhalten.....	4
	Stadtforst ökologisch bewirtschaften.....	5
	Schottergärten und Bodenversiegelung bekämpfen.....	5
	Neubaugebiete ökologisch gestalten.....	6
	Klimaschutzmanager/in einstellen.....	6
2	Stadtentwicklung.....	8
	Aktive Begleitung des Stadtentwicklungskonzepts.....	8
	Flächenfraß stoppen.....	8
	Finanzielle Unterstützung: Kauf und Sanierung von Altbauten.....	9
	Professionelles Leerstandsmanagement.....	10
	Erleichterung des innerstädtischen Radverkehrs.....	10
	Handel, Dienstleistung und Gastronomie unterstützen.....	11
3	Soziales.....	12
	Zertifizierung als Fairtrade-Town.....	12
	Ehrenamt unterstützen.....	12
	Pflege der Spiel- und Bolzplätze.....	13
	Flüchtlingshilfe und Integration fördern.....	13
	Behindertenführer neu auflegen.....	14
	Kinderbetreuung ausbauen – vor allem in Krisenzeiten.....	14
4	Verwaltung.....	16
	Digitalisierung: papierloses Rathaus.....	16
	Förderprogramm-Netzwerk Lippe.....	17
	Arbeitsbedingungen für Mitarbeiter verbessern.....	17
	Bevölkerungsschutz optimieren.....	18
5	Ortsteile.....	19
	Aktive Begleitung des Dorfentwicklungskonzepts.....	19
	Schnelles Internet auch für die Ortsteile.....	19
	Radwegeausbau.....	20
	Motorradlärm deutlich reduzieren.....	20
	DorfFunk-Apps ausweiten.....	21

## 0 Einleitende Worte zum Wahlprogramm

Die Corona-Krise trifft alle gesellschaftlichen Bereiche. Auch die Kommunen haben mit den Folgen der Pandemie zu kämpfen. Ihre Leistungsfähigkeit darf nicht in Gefahr geraten, denn sie müssen sich auch in den nächsten Jahren um die Menschen kümmern können, die besondere Unterstützung brauchen, z.B. Familien mit Kindern in schwierigen Verhältnissen, Alleinerziehende, Flüchtlinge in Unterbringungseinrichtungen ...

Neben der Corona-Krise dürfen aber andere dringende Aufgaben nicht vernachlässigt werden. Über den QR-Code auf unserem Wahlkampf-Flyer, am Schaufenster unseres Grünen-Büros oder direkt unter [www.gruene-blomberg.de](http://www.gruene-blomberg.de) sind Sie auf unsere Homepage gelangt und finden im folgenden Wahlprogramm die ausführlichen Erläuterungen und Links zu **fünf Schwerpunktthemen**.

Außerdem können Sie auf der „alten Homepage“ [archiv.gruene-blomberg.de](http://archiv.gruene-blomberg.de) nachlesen, womit wir uns in den letzten 6 Jahren beschäftigt haben. Durchaus spannend!

Vermissen Sie Themen? Dann sind das wahrscheinlich Bereiche, bei denen in allen im Rat vertretenen Parteien überwiegend Übereinstimmung in der Sache herrschte und Beschlüsse einstimmig verabschiedet wurden: die Einrichtung und der Umbau der Sekundarschule, die Digitalisierung, die Jugendarbeit etc.

Ob wir unsere Ziele bis 2025 erreichen können, hängt zum einen davon ab, welchen finanziellen Spielraum die Kommune haben wird – z.B. bei sinkenden Steuereinnahmen aufgrund von Corona – und zum anderen, wie stark die Fraktion der Grünen in den Ausschüssen und im Rat vertreten sein wird. Deshalb bitten wir Sie:

**Schenken Sie uns Ihr Vertrauen!**

**Wählen Sie am 13. September Bündnis 90/Die Grünen!**



# 1 Klima- und Naturschutz

## Solarenergie ausbauen

Mitglieder der Blomberger Grünen haben schon in den 90er Jahren maßgeblich an der Gründung einer Solargesellschaft mitgewirkt. Durch ihr Engagement entstanden auf den Dächern des Schulzentrums zwei große Photovoltaikanlagen, an der viele Bürgerinnen und Bürger als Gesellschafter und Darlehensgeber finanziell beteiligt waren.

Auch privat gingen die Grünen mit gutem Beispiel voran, indem viele von ihnen auf ihren eigenen Hausdächern Photovoltaik- und Solarthermieanlagen installierten. Darum liegt es ihnen auch besonders am Herzen, wenn möglichst viele private und gewerbliche Dächer mit Photovoltaikanlagen bestückt werden.

Weil in der historischen Innenstadt die Installation von Solaranlagen lange Zeit durch die [Gestaltungssatzung](#) stark eingeschränkt war, stellten die Grünen [den Antrag](#), die solare Nutzung von Haus- und Garagendächern für Hausbesitzer zu erleichtern. Dies ist durch die Änderung der Gestaltungssatzung zumindest teilweise gelungen.

Gleichwohl ist festzustellen, dass immer noch viel zu wenige Privathäuser mit Solaranlagen versehen sind. Das Gleiche gilt für viele Firmengebäude im Gewerbegebiet, die trotz großer Dachflächen bis heute kaum solar genutzt werden.

Die Blomberger Grünen möchten daher eine städtische Kampagne anregen, die über das [Solardachkataster der Stadt Blomberg](#) informiert. Damit sollen Privatleuten und Firmeninhabern das Solarpotenzial ihrer Gebäude deutlich vor Augen geführt werden. Das Kataster existiert schon seit 2011, ist aber der breiten Öffentlichkeit kaum bekannt.

In diesem Zusammenhang weisen die Grünen darauf hin, dass Blomberg mit einem eigenen Solardachkataster eine Sonderstellung in Lippe einnimmt und sich damit als einzige Kommune schon vor Jahren vom [lippischen Solardachkataster](#) abgekoppelt hat.

Außerdem stellt sich die Frage, ob das zugrunde gelegte, nunmehr fast 10 Jahre alte Berechnungsmodell noch den aktuellen Gegebenheiten entspricht. Die Grünen regen daher an, entweder das Berechnungsmodell zu prüfen und ggf. zu aktualisieren oder sich dem lippeweiten Solardachkataster anzuschließen.

Die Stadt Blomberg ist zwar selbst bereits mit gutem Beispiel vorangegangen und hat viele ihrer Gebäude mit Solaranlagen bestückt, z.B. die Schulbauten – auch in den Ortsteilen. Gleichwohl muss geprüft werden, an welchen Stellen das Solarpotenzial auf städtischen Gebäuden noch ausbaufähig ist und bei welchen Gebäuden sich zusätzlich der Einsatz von Stromspeichern lohnt. Ausgenommen sind hierbei natürlich historische Gebäude wie das Rathaus.

## Naturdenkmäler erhalten

In der Blomberger Großgemeinde gibt es nur rund 30 Altbäume (vor allem Eichen und Linden), die als Naturdenkmäler unter Schutz gestellt worden sind und außerhalb des Stadtfortes auf Höfen, Friedhöfen, Plätzen etc. wachsen. Die Festsetzung der **Gehölze als Naturdenkmal** erfolgt laut dem [Landschaftsplan für Blomberg](#) von 2004 (!) „wegen ihrer Seltenheit, besonderen Eigenart und Schönheit als in besonderem Maße die Landschaft gliedernde Elemente“. Der Kreis Lippe führt als untere Landschaftsbehörde eine Liste aller Naturdenkmäler. Leider wurde diese Liste für Blomberg seit Jahren nicht mehr erweitert.

Im Januar und Februar 2020 haben die Grünen jeden einzelnen Baum in Blomberg aufgesucht und überprüft, der unter Naturschutz steht. Die Bäume sind z.T. nicht ordnungsgemäß mit einer Plakette als Naturdenkmal gekennzeichnet. Außerdem wurden teilweise verbotene Eingriffe vorgenommen, indem z.B. Jägerstühle eingebaut oder Schaukelgeräte angebracht wurden. Obwohl es gesetzlich verboten ist, „das Naturdenkmal zu beschädigen, auszureißen, auszugraben oder es auf andere Weise in seinem Wachstum oder Erscheinungsbild zu beeinträchtigen.“

Die Grünen werden deshalb die Behebung der Mängel einfordern. Ebenso werden wir uns für die Aufnahme weiterer Bäume als Naturdenkmal in die Liste einsetzen.

Im März 2019 wurde übrigens das erste **Bodendenkmal** auf Blomberger Gebiet auf [Antrag der Grünen](#) unter Schutz gestellt, die historische „Cöllnische Straße“, die in Teilen als Hohlweg erhalten ist.

### **Stadtforst ökologisch bewirtschaften**

Durch Dürre, Stürme und Schädlingsbefall zerstörte Waldflächen werden wieder aufgeforstet, und zwar mit standortheimischem hohem Laubwaldanteil. Artenreiche Naturwälder besitzen eine höhere ökologische Flexibilität und Widerstandskraft. Sie speichern Kohlenstoff und mindern klimaschädliches Kohlendioxid in der Atmosphäre.

Natürliche Verjüngung über Selbstaussaat sollte ebenfalls eine Rolle spielen. Hier hat der Landesverband als Waldbesitzer bereits Erfahrungen gesammelt.

Die Grünen fordern daher einen ökologisch bewirtschafteten Wald mit hoher Baumartenvielfalt, einer Mindestmenge an Totholz, sowie Bäume unterschiedlichen Alters, das heißt auch einen gewissen Anteil an Altbäumen, die nicht gefällt werden. In einer Blomberger „Urwald-Offensive“ sollen sich 5 % (etwa 40 ha) geeigneter Waldflächen ohne menschliche Eingriffe zu einem Urwald entwickeln können.

Private Waldbesitzer können finanziell entschädigt und gefördert werden, wenn sie auf ihren Flächen naturnahe Mischwälder aufbauen und auf Monokulturen verzichten. Sofern sie sich überhaupt noch um ihre vielfach ererbten, oft kleinen Parzellen kümmern.

Der 40 km lange Nelkenweg führt als Wanderweg auch durch den Stadtforst. Die Grünen wünschen sich zusätzlich einen erlebnisreichen Waldlehrpfad. Dieser sollte kürzer und stadtnäher für die einheimische Bevölkerung sowie für Touristen angelegt werden. Vorschläge machen wir gern!

### **Schottergärten und Bodenversiegelung bekämpfen**

Weil viele Menschen dem Irrtum erliegen, Steine wären pflegeleicht, entstehen vermehrt Kies- und Schottergärten. Solche (Vor-)Gartenbereiche sind ökologisch wertlos und nicht nachhaltig. Die Landesbauordnung sieht in § 8 sowieso vor, nicht bebaute Grundstücksflächen wasser- und luftaufnahmefähig zu belassen und zu bepflanzen.

Durch die Verwendung von Folienabdeckungen verarmt das Bodenleben und die Anzahl und Vielfalt der Tierwelt – vor allem bei Insekten und Kleintieren – wird durch fehlende artenreiche und standortgerechte Bepflanzung stark reduziert. Die Steinflächen heizen sich im Sommer auf und binden weniger Staub. Die Luftqualität im Wohnumfeld verschlechtert sich. Durch die hohe Bodenversiegelung kann das Regenwasser nicht einsickern, bildet kein Grundwasser und fließt als Oberflächenwasser ab.

Auch die Pflasterung vor (Doppel-)Garagen und Hauseingängen nimmt flächenmäßig zu. Hier fordern die Grünen bereits als Gebot in den Bebauungsplänen die Anlage von Pflasterflächen z.B. mit Rasengittersteinen oder mit zwei Zentimeter breiten Fugen, in denen trittfeste Gräser und Kräuter eingesät werden. Wenn die Flächen nicht versiegelt sind, wirkt sich das außerdem positiv auf die Abwassergebühren aus. Es ergeben sich „Minderungsfaktoren“ von bis zu 100 % (siehe § 13 der [Gebührensatzung](#) zur Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Blomberg).

Die Grünen haben bereits 2018 [in einem entsprechenden Antrag](#) auf das Problem der Schotter- und Kiesgärten hingewiesen. Im Frühjahr und Sommer 2020 haben wir in den Neubaugebieten Am Sonnenhang und Grasweg [eine Aktion durchgeführt](#), wo wir über ökologische Alternativen zur (Vor-) Gartengestaltung (mit Anschreiben, Flyer, Samentütchen) informierten.

Da in Zukunft mehr heiße Tage und Starkregen-Ereignisse erwartet werden, leisten also ausschließlich naturnahe (Vor-)Gärten und Flächen einen Beitrag zur Anpassung an den Klimawandel.

### **Neubaugebiete ökologisch gestalten**

Wer neu baut, hat alle Möglichkeiten ökologisch zu bauen. Das betrifft die Wärmeversorgung des Gebäudes durch regenerative Energien, die Materialauswahl der Baustoffe, die Umfeldgestaltung des Gebäudes.

Auch die Stadt Blomberg sollte die Bauinteressenten im Hinblick auf Ökologie unterstützen: z.B. mit Wärmeversorgung durch regenerative Energien (Biogas), Nahwärmeversorgung durch ein zentrales Blockheizkraftwerk, durch Beratung zur Förderung von Photovoltaikanlagen und Solarthermie, Minimierung von Lichtverschmutzung durch geeignete Straßenlaternen, öffentliches Grün (Bäume).

Unterstützend sollte ein/e Klimaschutzmanager/in beratend zur Verfügung stehen, z.B. mit Infoveranstaltungen (siehe dazu auch das Thema [„Klimaschutzmanager einstellen“](#)).

Aktuell steht das Baugebiet „Saulsiek II“ in der Planung, das bereits in den 90er Jahren zur Bebauung vorgesehen war (siehe Thema [„Flächenfraß stoppen“](#)). Da der ursprüngliche Bebauungsplan ca. 20 Jahre alt ist, muss er im Hinblick auf eine ökologische Zielsetzung grundlegend überarbeitet werden. Für eine erfolgreiche Planung eines umweltfreundlichen Baugebietes braucht ein kompetentes Büro ca. ½ - 1 Jahr Planung. Diese Chance ist durch den Beschluss der SPD und CDU zu einem vorzeitigen Erschließungsbeginn infrage gestellt.

### **Klimaschutzmanager/in einstellen**

Klimaschutzmanager gibt es bereits in den Kommunen Barntrop/Dörentrop, Extetal, Kalletal, Lage, Lemgo und neuerdings auch in Schieder-Schwalenberg. Die Grünen schlagen auch für Blomberg die Einstellung eines/einer Klimaschutzmanagers/-managerin vor. Es ist zu prüfen, ob es dafür entsprechende Fördermittel gibt. In diesem Zusammenhang sollte Blomberg auch dem „Klimapakt Lippe“ beitreten.

Die Arbeit eines/einer Klimaschutzmanagers/-managerin dient dem Ziel, das Pariser Klimaabkommen von 2015 umzusetzen. Dabei geht es z.B. darum, in der Kommune den Anteil erneuerbarer Energien, Energieeinsparungen und das Thema Energieeffizienz voranzutreiben.

#### **Welche Aufgaben könnte ein/e Klimaschutzmanager/in konkret übernehmen?**

- Aufstellen einer „Energiebilanz“ für die Großgemeinde. Danach werden Blomberger/innen und Touristen wissen, wo wieviel CO<sub>2</sub> ausgestoßen wird.

- Als Netzwerker(in) tauscht er/sie sich mit Kollegen, der örtlichen Politik, dem Kreis Lippe, der Bevölkerung und der Wirtschaft aus.
- Er/sie ermittelt Einsparpotenziale für Wasser, Strom und Heizung bei städtischen Liegenschaften und Betrieben. (Schulen, Kitas, Verwaltung, Baubetriebshof ...)
- Er/sie berät Bürger/innen bei der energetischen Sanierung und Modernisierung von Wohnungen und Häusern.
- Er/sie informiert über Fördermöglichkeiten und hilft bei der Antragstellung.
- Er/sie bietet Infoabende an, wo auch Handwerkern und Unternehmen vor Ort eine Plattform geboten werden kann.
- Er/sie bietet Projekte an Kitas und Schulen an, um gerade die junge Generation für den Klimaschutz zu sensibilisieren.

Leider wurde im letzten Jahr [der Antrag der Grünen](#) für ein Energiekonzept im Sinne des Pariser Abkommens mit Machbarkeitsstudie in den Haushaltsberatungen abgelehnt. Ein Konzept der regenerativen Wärmeversorgung für die Stadt und der Ortschaften unter dem Aspekt der in Zukunft verbotenen Quellen von fossilen Heizungen ist aber nötig. Ob dies nun eine Gasversorgung durch Biogas, ein BHKW mit Stromgewinnung oder ein Fernwärmenetz gespeist durch regenerative Energien sein wird, muss eben diese Machbarkeitsstudie ergeben.

Ein „Weiter so!“ wie bisher darf es aber nicht geben. Leider ist der Mehrheitstenor im Rathaus: weiter wie bisher. Wohin uns diese Denkweise führt, sehen, hören und lesen wir täglich in den Medien. Dürreperioden jetzt auch bei uns mit den Folgen u.a. des Waldsterbens, andernorts mit Flüchtlingsströmen, die wir auffangen müssen, da wir die Verursacher sind.

## 2 Stadtentwicklung

### Aktive Begleitung des Stadtentwicklungskonzepts

Das ISEK (Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept) aus dem Jahr 2019 ist eine Fortschreibung des StEK (Städtebauliches Entwicklungskonzept aus 2010) für die Blomberger Innenstadt. Es wurden Kosten von rund 1.500.000 € veranschlagt.

Die im Rahmen des StEK bereits durchgeführte Umgestaltung der Plätze und Parks kann man durchaus als gelungen bezeichnen. Es gab Konzeptvorschläge verschiedener Planungsbüros und die Beteiligung der Bevölkerung war relativ hoch. Dass die großen, alten Bäume auf dem Martiniplatz und dem Pideritplatz nicht wie geplant abgeholzt, sondern erhalten wurden, ist allerdings nur auf aktiven und starken Protest der Grünen zurückzuführen.

Zum Desaster entwickelte sich dagegen die Umgestaltung des Vatti-Parks. Obwohl es einen breiten Bevölkerungsprotest zusammen mit den Grünen gab, setzte sich die SPD als Mehrheitspartei in einer historischen Fehlentscheidung durch. Der Bruch der Rot-Grünen-Fraktion war damit besiegelt.

Zu den geplanten Maßnahmen des ISEK [nehmen wir auf unserer Homepage ausführlich Stellung](#). Wir unterstützen ausdrücklich sinnvolle und z.T. überfällige Projekte:

- die Instandsetzung der historischen Stadtmauer
- die Aufwertung der Wege am Weinberg und des Philosophenwegs
- ein Wegweisersystem für Besucher der Stadt
- die Fortführung des Hof- und Fassadenprogramms

Die weiteren geplanten Maßnahmen halten wir angesichts einer vermutlich angespannten Haushaltslage durch die Corona-Krise nicht für sinnvoll. Es könnte eine Kostenersparnis in Höhe von 188.000 € erreicht werden. Leider führt das System der „Mischfinanzierung“ (Eigenanteil der Stadt + Fördergelder) immer wieder dazu, dass Projekte geplant werden, nur weil Fördergelder locken.

### Flächenfraß stoppen

*Bei der Stapelung der Wohnungen nach oben geht zuerst der Mensch zugrunde und dann die Natur. Bei der Stapelung in die Breite läuft es umgekehrt.* (Zitat Friedensreich Hundertwasser)

Mit der Erschließung des Baugebiets „Am Sonnenhang I“, das übrigens von den Grünen maßgeblich mit angeregt wurde, wurden zusätzlich 37 Baugrundstücke zur Verfügung gestellt.

Warum hat die SPD es so eilig mit der Ausschreibung der Erschließungsarbeiten für das Neubaugebiet „Saulsiek II“? ...Warum wird nicht zuerst der 2. Teil des Neubaugebiets „**Am Sonnenhang II**“ erschlossen, wo noch 18 Häuser entstehen könnten? Es sind zwar noch nicht alle Grundstücke an die Stadt verkauft, aber wie schon früher geschehen, könnte eine „Umbauung“ der Nicht-Verkaufswilligen angedacht werden.

Die Grünen haben den Eindruck, als ob zugunsten von „Saulsiek II“ kaum Ideen entwickelt und keine besonderen Anstrengungen unternommen werden, um das Gebiet „Am Sonnenhang II“ mit Vorrang weiter zu erschließen. Auf keinen Fall akzeptieren wir, dass Gelder, die für die Erschließung „Am Sonnenhang II“ in den Haushalt eingestellt wurden, nun plötzlich für die Erschließung von „Saulsiek II“ (36 Bauplätze und weitere ...) verwendet werden sollen.



Da in der Großgemeinde noch 14 weitere freie städtische Grundstücke (Stand August 20) vorhanden sind, ständen also insgesamt 32 potenzielle Bauplätze auch ohne Saulsiek II zur Verfügung.

Zusätzlich entstehen in der **Innenstadt** erfreulicherweise gerade neue Wohnungen auf dem Gebiet der ehemaligen Post (13 Wohnungen) und auf dem Wagenbauer-Schwarze-Areal an der Neuen Torstraße (7 Wohnungen).

Grundsätzlich wird die viel beklagte Wohnungsnot durch den Bau von marktüblichen Einfamilienhäusern auf der grünen Wiese eher **nicht** behoben. Die Entscheidung im Bauausschuss (23.6.), Saulsiek II noch im Herbst 2020 zu erschließen, konnten die Grünen deshalb nicht mittragen: Landwirtschaftliche Flächen dürfen nach **§ 1a BauGB** (Baugesetzbuch) nur in notwendigem Umfang umgenutzt werden, das heißt, Wald, Weiden und Ackerland dürfen nicht unnötig zerstört werden, um z.B. daraus Wohnbauflächen zu machen. Flächenfraß und Versiegelung muss Einhalt geboten werden.

**Die Fruchtfolge auf den Äckern am östlichen Rand der Stadt darf auf keinen Fall heißen:**

**Weizen – Gerste – Bauland!**

Für weiteren Wohnbedarf muss unbedingt eruiert werden, wie viel bebaute Fläche in Blomberg leer steht (siehe [„Professionelles Leerstandsmanagement“](#)). Davon gibt es vor allem in der Innenstadt und in manchen Ortsteilen reichlich und es werden in naher Zukunft weitere Leerstände aufgrund des demografischen Wandels dazukommen. Leerstehende Häuser sind nicht nur ein Ärgernis für die Anwohner/-innen. Touristen bekommen den Eindruck der Verwahrlosung, verfallende Gebäude sind ein Schandfleck für das Blomberger Stadtbild.

Einen Flächenfraß von besonderem Ausmaß stellen die ausufernden Parkplätze der **Firma Phoenix** dar. Es ist schon erstaunlich, dass ein Unternehmen dieser Größe keine alternativen Ideen für Mitarbeiter-Parkraum entwickelt: zum Beispiel Parkplätze, die von Solarflächen überdacht sind. Es würde nicht nur Strom erzeugt, sondern die parkenden Autos würden auch beschattet. Alle bereits vorhandenen Parkflächen könnten entsprechend nachgerüstet werden. Auch ein Parkhaus mit mehreren Ebenen kann viel Fläche sparen. Die Kosten wären natürlich sehr viel höher als das, was man den Landwirten für ihre Ackerflächen bezahlt. Die Politik sollte hier initiativ werden, auch wenn sie gesetzlich keine Vorgaben machen kann.

### **Finanzielle Unterstützung: Kauf und Sanierung von Altbauten**

Zwar können wir durch ökologisch gestaltete Neubauten mehr an Energieeffizienz gewinnen, dafür verliert Blomberg bei jedem größeren Neubaugebiet wertvolle Fläche: Stichwort Flächenfraß!

Wir brauchen daher einen deutlichen Wandel, indem sich die Kommune wesentlich mehr um die bereits vorhandenen Häuser in der Innenstadt und in den Dorfkernen kümmert. Obwohl es hier bereits beachtliche private Initiativen gibt, darf die Politik sich aus dieser Aufgabe nicht heraushalten: Mehr „Innenentwicklung“, weniger „Außenentwicklung“!

Es geht darum, Altbauten möglichst zu erhalten, indem sie saniert und modernisiert werden. Eigentümer sollen sich umfassend informieren können und Finanzhilfen erhalten, z.B. für den Erhalt oder die Entstehung von Mietwohnungen. Der private Ankauf von alten Häusern soll auch in Zukunft gefördert werden durch das Programm „Jung kauft alt“, eine Initiative der Grünen aus dem Jahr 2014.

Heruntergekommene Häuser könnte die Stadt aufkaufen und sie mit entsprechenden Auflagen an potentielle Sanierer veräußern. In Nachbarkommunen werden zu diesem Zweck z.B. „Stadtentwicklungsgesellschaften“ gegründet.

Wenn sich ein Abriss nicht vermeiden lässt, können kleinere Flächen als „ökologische Freiflächen“ gestaltet werden, z.B. als naturnaher Garten, Spielfläche, begrünter Parkplatz etc. Auch solche Lösungen sollten entsprechend beworben und gefördert werden.

Letztlich muss es auch Ziel der kommunalen Politik sein, eine gute soziale Mischung in der Innenstadt zu fördern, indem es dort passenden Wohnraum für alle sozialen Schichten gibt.

### **Professionelles Leerstandsmanagement**

Bereits 2010 wurde im Stadtentwicklungsplan ein Thema dem Leerstand gewidmet. Bis auf die Leerstands-Offensive von Blomberg Marketing im Jahr 2015 wurde seitdem wenig gegen dieses Problem unternommen. Inzwischen sind weitere Leerstände im Bereich Wohnen und Handel dazugekommen. Der Grad des Leerstands reicht von fast unbewohnbar und abbruchreif bis hin zu teilmodernisiert.

Die Grünen haben bei den Erörterungen zum Stadtentwicklungsplan ISEK (2019) eine wesentlich stärkere Fokussierung auf das Thema Leerstand gefordert. Das beauftragte Büro Junker-Kruse teilte damals zu unseren Vorschlägen mit: ...“Wenn das Thema (Leerstand) intensiver angegangen werden soll, müsste jedoch eine eigenständige Aufgaben- und Kostenposition aufgemacht werden.“...

Dem wurde leider politisch nicht entsprochen.

Das dringlichste Ziel muss eine professionelle Leerstandserhebung sein, die Erstellung einer entsprechenden Datenbank, die laufend aktualisiert werden kann. In Lemgo z.B. soll ein Büro aus Dortmund diese Aufgabe leisten. Dazu gehört auch ein Beratungsnetzwerk für betroffene Hauseigentümer.

Da vermutlich aufgrund geänderten Einkaufsverhaltens vor allem kleinere Ladenlokale nicht mehr belegt werden können, ist jede private Initiative, die Läden in Wohnraum umwandelt oder neue Wohnungen baut, zu begrüßen. Wir fordern deshalb finanzielle Fördermöglichkeiten für einkommensschwächere Besitzer, um Anreize für Umbauten zu schaffen.

Die Blomberger Grünen möchten sich an dieser Stelle ausdrücklich bei allen Hausbesitzern bedanken, die Blombergs Innenstadt eine Zukunft geben, indem sie ihre Immobilien pflegen, erhalten, modernisieren oder ganz umbauen und damit zusätzlichen Wohn- bzw. Ladenraum schaffen.

### **Erleichterung des innerstädtischen Radverkehrs**

Viele Wege in der Blomberger Kernstadt lassen sich problemlos mit dem Fahrrad zurücklegen, z.B. um einzukaufen oder einen Dienstleister aufzusuchen. Die zunehmende Verbreitung von E-Bikes (Pedelecs) erleichtern es inzwischen auch älteren Menschen, sich in der Stadt ohne größere Anstrengungen zu bewegen. Wer Rad fährt, spart sich die Parkplatzsuche in der Innenstadt und tut gleichzeitig etwas für seine Gesundheit und fürs Klima.

Leider wird das Radfahren an manchen Stellen in der Stadt unnötig erschwert. Wir schlagen daher folgende Maßnahmen vor:

- Soweit möglich und sinnvoll: Öffnung von Tweten für den Radverkehr sowie die Beseitigung der dort vorhandenen Durchfahrtsperren und Änderung der Beschilderung.
- Übergänge zwischen Radwegen und Straßen so weit wie möglich abflachen, damit man beim Drüberfahren nicht jedesmal einen „Schlag ins Kreuz“ bekommt.
- Anlegen von sogenannten „Fahrradschutzstreifen“ auf breiteren Straßen ohne Radwege. Dies wäre z.B. problemlos auf der Bahnhofstraße möglich. Vorbilder für solche Schutzstreifen gibt es z.B. in Lemgo und Detmold.
- Fahrrad-Abstellanlagen wären sinnvoll an Stellen, wo dafür genügend Platz ist. Hier können die Räder diebstahlgeschützt fest angeschlossen werden.

### **Handel, Dienstleistung und Gastronomie unterstützen**

Während der Corona-Krise haben sich die Geschäftsleute und andere Akteure allerhand einfal-  
len lassen, um die Kundschaft zu halten: Telefon- und Lieferservice, Rabatt-Aktionen, eine  
Gutschein-Aktion vom Marketing-Verein, eine Hilfsaktion von Brink-Medien usw.

Inzwischen haben alle Läden und Dienstleister wieder geöffnet, mit den nötigen, aber nicht  
besonders lästigen Hygiene-Auflagen.

Die Grünen appellieren deshalb an alle Blomberger: Kauft, esst und lasst Euch in Blomberg  
beraten! **90 %** aller Dinge, die der Mensch so braucht, kann man gut und bequem in Blomberg  
kaufen und damit die von der Krise gebeutelten Geschäftsleute zu **100 %** unterstützen.

Damit das noch leichter fällt, haben die Grünen einen „[Wegweiser für die Innenstadt](#)“ – sprich  
Einkaufsführer – entwickelt, den man auf der Homepage der Grünen jederzeit anschauen  
kann. Warum in die Ferne schweifen, alles Gute liegt so nah! Amazon verdient schon genug!

## 3 Soziales

### Zertifizierung als Fairtrade-Town

Seit Januar 2009 können sich Kommunen in Deutschland für ihr Engagement im Fairen Handel um den Titel Fairtrade-Town bewerben. Die [Kampagne Fairtrade-Town](#) vernetzt erfolgreich Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik und fördert den Fairen Handel auf kommunaler Ebene. Fairer Handel bedeutet vor allem:

- Bessere Arbeits- und Lebensbedingungen von Menschen in mehr als 60 Ländern
- Existenzsichernde und faire Löhne
- Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit
- Stärkung und Gleichberechtigung von Frauen
- Mehr ökologische Landwirtschaft

**Fairer Handel will mehr Gerechtigkeit im internationalen Handel.**

**Ziel ist eine Partnerschaft, die auf Dialog, Transparenz und Respekt beruht.**

Im Kreis Lippe haben mittlerweile die sechs Städte Detmold, Kalletal, Lage, Lemgo, Lügde und Oerlinghausen das Fairtrade-Siegel bekommen. Diesem Engagement für Fairtrade-Produkte hat sich auch der Kreis Lippe angeschlossen.

Die Grünen haben schon vor zwei Jahren [den Antrag](#) gestellt, dass auch Blomberg sich um den Titel Fairtrade-Town bewirbt, denn „Gerechtigkeit“ ist kein Thema, das an der Stadtgrenze halt macht. Solange der Blomberger Rat aber einen Antrag grundsätzlich ablehnt, kann auch keine fraktionsübergreifende Steuerungsgruppe gebildet werden und es können keine unterstützenden Partner verbindlich gewonnen werden – wie Schulen, Cafés, Restaurants, Geschäfte, der Eine-Welt-Laden oder Event-Veranstalter.

Die Grünen stellen übrigens seit 2003 in ihrem Büro Räumlichkeiten für den Eine-Welt-Laden Amahoro für eine geringe Miete zur Verfügung. Außerdem sind oder waren dort Grüne Mitglieder im Verkauf und anderen Funktionen tätig.

Insbesondere wegen der Vorbildfunktion und um das Bewusstsein des Einzelnen für das Thema Fairer Handel zu schärfen, sollte auch die Stadt Blomberg bereit sein, die fünf Kriterien für den Titel Fairtrade-Town zu erfüllen. Bündnis 90 / Die Grünen haben im Vorfeld mit möglichen Partnern gesprochen, die ihre Bereitschaft zur Unterstützung zugesichert haben. Bei der Gewinnung weiterer geeigneter Akteure würden sich die Grünen gern aktiv einbringen.

### Ehrenamt unterstützen

Ehrenamtliches Engagement findet statt in unseren Sport- und Heimatvereinen, bei der freiwilligen Feuerwehr, in der AWO, in Altenheimen, in der Flüchtlingshilfe, für die Umwelt (NABU), für die Kultur (Songfestival, Kunstmauer ... ), in der Politik und anderen Bereichen. Viele BlombergerInnen engagieren sich bereits und sind dafür vom Kreis oder von der Stadt ausgezeichnet worden. Bürgerschaftliches Engagement trägt zu einem „Wir-Gefühl“ bei.

Die Stadt Blomberg sollte das für die Gemeinschaft wertvolle Engagement durch die Schaffung guter Rahmenbedingungen stärken, indem sie z.B. kostenlos Räumlichkeiten und/oder Sachmittel zur Verfügung stellt. Auch entsprechende Fördermittel können in die Unterstützung einfließen – sofern man sie denn beantragt.

Die Grünen möchten das Ehrenamt in Zukunft noch weiterentwickeln durch ...

- Die Einrichtung einer „**Freiwilligen-Agentur**“: Sie stellt Kontakte her zwischen Menschen, die ehrenamtliche Dienste anbieten und denen, die Unterstützung wünschen.
- Das Abhalten von „**Win-Win-Börsen**“: Auf diesen Veranstaltungen können Blomberger Unternehmen mit Vereinen, gemeinnützigen Organisationen etc. sprechen und Zeitspenden, Sachleistungen, Beratungen oder andere Leistungen austauschen. Geld spielt dabei keine Rolle.
- Blomberg wird Teil des bundesweiten **Netzwerks „Engagierte Stadt“**: Das Netzwerk bietet allen Beteiligten ein breites Angebot an Austausch, Qualifizierung, Strategieberatung und Zusammenarbeit (siehe <https://www.engagiertestadt.de/>).

Auf keinen Fall darf die Stadt Aufgaben, die eindeutig von ihr zu leisten sind, an Ehrenamtler „weiterreichen“. Das Ehrenamt darf nicht zur lästigen Pflichtaufgabe werden.

### **Pflege der Spiel- und Bolzplätze**

Auch wenn der TÜV im Dezember 19 den Spiel- und Bolzplätzen in Blomberg einen guten bis befriedigenden Zustand attestierte, so bleiben doch einige Punkte **unbefriedigend**.

Spiel- und Bolzplätze – Sportstätten allgemein – sollten einen gewissen Standard besitzen, denn sie sind Begegnungsstätten und vor allem für die Lebensqualität von Familien mit Kindern wichtig.

Nach einer ausführlichen **Begehung** hatten die Grünen im Februar 19 sowohl positive als auch negative Beobachtungen zur Qualität der Spiel- und Bolzplätze gemacht und dies im Ausschuss für Senioren, Jugend und Soziales (27.02.19) vorgetragen.

Auf den Blomberger **Spielplätzen** gibt es ausreichende und abwechslungsreiche Spielgeräte für kleinere und größere Kinder. Die meisten Plätze liegen auch sehr schön im Grünen. Allerdings waren etliche Holzbalken und -teile schlecht bis sehr schlecht gestrichen und es fehlte ausreichend Sand bzw. Mulch unter den Spielgeräten. Das von den Grünen geforderte Hinweisschild auf jedem Spielplatz wurde inzwischen durch eine Änderung der gesetzlichen Vorschriften aufgestellt bzw. erneuert. Dank dem Gesetzgeber! Die anderen genannten Mängel wurden bisher nicht behoben, soweit das unsere Stichproben ergeben haben.

**Bolzplätze** müssen regelmäßig gemäht und die vielen Maulwurfshügel eingeebnet werden, sonst macht es keinen Spaß, darauf zu spielen. Es könnten mehr Kleinspielfelder nach dem Beispiel von Großenmarpe errichtet werden, insbesondere dort, wo Sportplätze geschlossen wurden.

Angesichts zunehmend heißer Sommer sollten überall mehr Sitzgelegenheiten im Schatten geschaffen werden, um die Aufenthaltsqualität für Eltern und Kinder zu erhöhen. Darauf haben wir bereits im Februar 19 hingewiesen. Mittel für Spiel- und Bolzplätze wurden in den städtischen Haushalt eingestellt und sollten entsprechend verwendet werden.

### **Flüchtlingshilfe und Integration fördern**

Es scheint, als sei der Strom der Flüchtlinge abgebrochen, allerdings sind mehr als 13.000 Migranten in diesem Jahr über das Mittelmeer nach Italien gekommen – das sind rund 9.000 Menschen mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Besonders im Juli dieses Jahres haben sich nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks viele Menschen bei vergleichsweise ruhiger See auf die gefährliche Reise begeben. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis diese Menschen

auch vermehrt wieder Schutz in Deutschland suchen werden. Bereits jetzt bekommt die Stadt Blomberg nach Auskunft der Stadtverwaltung alle 14 Tage neue Flüchtlinge zugewiesen.

Für uns Grüne ist es deswegen wichtig, weiterhin einen besonderen Fokus auf die kontinuierliche Integration der Flüchtlinge zu legen und diese nicht aus den Augen zu verlieren. Denn frühkindliche Bildung, Schule und der Weg in den Beruf sind langjährige Prozesse, die aktiv begleitet und gefördert werden müssen. Für Blombergs Zukunft ist es wichtig, möglichst alle Asylbewerber gut zu integrieren – durch vielfältige Angebote und eine dezentrale Unterbringung für anerkannte Flüchtlinge. Neben den Tätigkeiten der Verwaltung wollen die Grünen das ehrenamtliche Engagement der Bürger vermehrt u.a. durch Schulungsangebote fördern.

Grüne engagieren sich auch persönlich in der Flüchtlingsarbeit, z.B. durch die Mitarbeit am Runden Tisch „Miteinander in Blomberg“. Diese Initiative der ev-ref. Kirchengemeinde hat in der Vergangenheit bereits durch Ausstellungen, Podiumsdiskussionen und Konzerte auf die Integrationsproblematik aufmerksam gemacht.

### **Behindertenführer neu auflegen**

Der „Stadtführer für Menschen mit Behinderung“ wurde zum letzten Mal im Jahr 2007 vom Behindertenbeirat der Stadt Blomberg herausgegeben. Er wurde als Broschüre aufgelegt und stand bis zur Kurzem auch noch als PDF-Datei auf der städtischen Homepage zur Verfügung.

Wenn man sich das Dokument näher anschaut, reicht ein kurzer Blick, um zu erkennen, dass viele Informationen inzwischen völlig veraltet sind. Ansprechpartner haben sich geändert, andere sind ganz weggefallen, Adressen und Telefonnummern stimmen nicht mehr. Moderne Kommunikationsdaten wie Internetseite oder Email-Adresse fehlen ganz.

Die Blomberger Grünen fordern daher, dass der Behindertenführer so bald wie möglich überarbeitet und neu aufgelegt wird. Selbstverständlich muss er dann auch wieder online auf der städtischen Homepage zur Verfügung stehen. Zusätzlich könnte man die im Behindertenführer enthaltenen Informationen auch als Anwendung (App) für Smartphones umsetzen.

### **Kinderbetreuung ausbauen – vor allem in Krisenzeiten**

Die Grünen setzen sich dafür ein, dass jedes Kind in Blomberg einen Kitaplatz mit dem individuellen Betreuungsbedarf erhält, den es benötigt. Für junge Familien ist es wichtig zu wissen, dass ihre Kinder gut versorgt sind und sie auch ab dem 3. Lebensjahr ihres Kindes mit einem wohnortnahen Kitaplatz planen können. Dies ist momentan leider nicht der Fall.

Für das gerade begonnene Kindergartenjahr stellt sich die Situation schlechter dar als in den Jahren zuvor, da es keinen Puffer von planbaren Kitaplätzen im Ü3-Bereich mehr gibt. Im Bereich der über 3-jährigen Kinder übersteigt der gemeldete Bedarf die geplanten Plätze. Durch die Erschließung neuer Wohngebiete in Blomberg und Großenmarpe und dem damit einhergehenden Zuzug junger Familien muss gesichert sein, dass jedes Kind den Betreuungsumfang erhält, den es benötigt. Die Grünen machen sich dafür stark, dass weitere wohnortnahe Kitaplätze geschaffen werden, um Blomberg auch weiterhin für junge Familien attraktiv zu gestalten.

Ebenfalls fordern wir eine Flexibilisierung der Öffnungszeiten der Kitas. Viele Berufsgruppen wie Pflegekräfte, Mitarbeiter im Einzelhandel oder Produktionsmitarbeiter müssen auch samstags arbeiten. Insbesondere für Alleinerziehende sollten mit einem Arbeitgebernachweis auch samstags Betreuungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Durch die Coronakrise waren insbesondere berufstätige Eltern durch die Doppelbelastung Kinder und Beruf stark gefordert. Die Grünen setzen sich dafür ein, rechtzeitig Konzepte zu entwickeln, die Eltern im Falle einer erneuten Schließung der Kitas und Schulen unterstützen und entlasten.

## 4 Verwaltung

### **Digitalisierung: papierloses Rathaus**

Die Digitalisierung von Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger, auch als „E-Government“ bezeichnet, ist eine Pflichtaufgabe für jede Kommune. Motto: Nicht die Bürger sollen laufen, sondern die Daten. Früher musste man zur Stadtverwaltung gehen, um etwas zu beantragen und sich die Unterlagen später abholen. Künftig wird die Beantragung von Dienstleistungen online möglich sein und die Unterlagen werden direkt nach Hause geschickt.

Das jüngst vorgestellte [Bürgerserviceportal der Stadt Blomberg](#) mit 13 verschiedenen Diensten ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Weitere werden folgen müssen, denn nach dem [Online-Zugangsgesetz](#) müssen die Kommunen bis spätestens Ende 2022 ihre Verwaltungsdienstleistungen auch digital bereitstellen. Wir werden als Grüne diesen Prozess kritisch begleiten und entsprechende Fortschrittsberichte einfordern.

Ein weiteres, dringendes Thema ist der enorme Papierverbrauch für die parlamentarische Arbeit. Bis heute werden Tonnen von Papier in Form von Einladungen und Protokollen an die zahlreichen Mitglieder von Rat, Ausschüssen und Beiräten bedruckt und verschickt. Das verursacht Kosten und belastet die Umwelt.

Da bereits die meisten dieser Informationen online im [Ratsinformationssystem](#) zur Verfügung stehen, sollte auf die Versendung von papiergebundenen Unterlagen so weit wie möglich verzichtet werden. Die Mandatsträger können in den Sitzungen alle benötigten Dokumente problemlos auf ihrem persönlichen Laptop oder Tablet lesen und mit Anmerkungen versehen. In anderen lippischen Kommunen wird das bereits so praktiziert.

### **Ablauforganisation optimieren**

Der Vorfall um das Förderprogramm für den Vattipark hatte 2019 zu einem Verlust von fast 200.000 EUR für die städtische Kasse geführt. Grund: Ein Bauamtsmitarbeiter hatte versäumt, die Fördermittel für den Vattipark-Umbau, die 2018 nicht verbaut werden konnten, erneut für 2019 zu beantragen. Es wurden somit Aufträge an Unternehmen ohne die zwingend notwendige Förderzusage der Bezirksregierung vergeben.

Wie es konkret zu dem Fehler der Beteiligten kommen konnte und welche Rolle die Ablauforganisation im Bauamt dabei spielte, konnte die Verwaltungsspitze damals erfolgreich vor der Politik abschirmen. Dabei ging es uns gar nicht darum, **wer** die Panne zu verschulden hatte, sondern **wie** das überhaupt passieren konnte.

Im kleinen Maßstab zeigen sich fehlerhafte Abläufe in der Verwaltungsorganisation bereits an kleinen Beispielen. Der auf der städtischen Internetseite propagierte „schnelle Draht ins Rathaus“ erweist sich in der Praxis oft als eher langsam. Wenn man z.B. die Telefonnummer eines Mitarbeiters auf der städtischen Homepage heraussucht und diese anruft, passiert es nicht selten, dass der Betreffende inzwischen eine ganz andere Nummer hat und die Änderung von der Ablauforganisation nicht entsprechend nachgesteuert wurde.

Überhaupt führen Anrufe bei der Stadtverwaltung hin und wieder dazu, dass erst nach vielfachem Durchklingeln abgehoben wird – wenn überhaupt. Für den Fall, dass ein Mitarbeiter im Kundengespräch oder abwesend ist, wäre hier z.B. ein Anrufbeantworter sinnvoll, der einen Rückruf ermöglicht, netterweise mit Ansage.



Die Grünen setzen sich für solche pragmatischen Maßnahmen ein, damit die Kontaktaufnahme zur Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger nicht unnötig erschwert wird. Außerdem sollte es für alle standardmäßigen Verwaltungsabläufe entsprechende interne Prozessbeschreibungen geben, wie sie in der Industrie gang und gäbe sind.

### **Förderprogramm-Netzwerk Lippe**

Förderprogramme und Zuschüsse gibt es für die verschiedensten kommunalen Bereiche. In Deutschland können Kommunen von mehr als 800 Förderprogrammen profitieren, die vom Bund, über das Land NRW bis hin zum Kreis Lippe vergeben werden.

Wie sollen die Entscheidungsträger in der Politik und die ausführende Verwaltung bei der Vielzahl der Programme die zur lokalen Situation passende Förderung identifizieren? Außerdem erfordert der konkrete Antrag und die Umsetzung der Förderung einen hohen Personalaufwand, vor allem, wenn sich ein größeres Projekt über mehrere Jahre hinzieht.

Auch die Projektsteuerung funktioniert nicht immer richtig und/oder das Fachwissen zum rechtlichen Rahmen reicht nicht aus.

Der Verlust von Fördergeldern in Höhe von fast 200.000 € bei der Umgestaltung des Vattiparks hat diese Defizite in Blomberg sehr deutlich gezeigt.

Die Grünen fordern deshalb ...

1. eine kontinuierliche Schulung der ausführenden MitarbeiterInnen
2. eine verbesserte Abstimmung mit der Bezirksregierung als Bewilligungsbehörde
3. ... und mittelfristig den Aufbau eines Förderprogramm-Netzwerks, in dem der Kreis Lippe federführend ist und den beteiligten Kommunen Aufgaben abnimmt. So könnten z.B. spezialisierte Fachkräfte Förderanträge für die einzelnen Kommunen erarbeiten.

### **Arbeitsbedingungen für Mitarbeiter verbessern**

Ein Besuch bei der Blomberger Stadtverwaltung offenbart, dass die Arbeitsbedingungen für städtische Angestellte vielfach nicht gut sind. Dabei sind die räumlichen Verhältnisse sehr ungleich verteilt. Während der Bürgermeister im Rathaus über ein großzügiges, geradezu „fürstliches“ Dienstzimmer verfügt, müssen sich andere MitarbeiterInnen mit engen, schlecht klimatisierten Büros abfinden. Um halbwegs erträgliche Arbeitstemperaturen herzustellen, muss im Sommer oft mit zum Gang hin offenen Türen gearbeitet werden. Dies wiederum erschwert die Konzentration durch erhöhte Geräuschbelastung aus den Treppenhäusern und Fluren.

Nur motivierte, zufriedene Mitarbeiter können gute Arbeit leisten. Das klappt aber nur, wenn die Arbeitsbedingungen stimmen. Es obliegt der Fürsorgepflicht des Bürgermeisters gegenüber seinen Mitarbeitern, sich darum zu kümmern.

Konkret schlagen die Grünen vor, die räumlichen Verhältnisse im Rathaus-Nebengebäude zu entzerren und einen Teil der Mitarbeiter im Eckhaus am Marktplatz Nr. 6 unterzubringen. Dieses Gebäude gehört ohnehin der Stadt und war auch schon früher mit städtischen Mitarbeitern belegt.

## Bevölkerungsschutz optimieren

Seit März 2020 steht der Schutz der Bevölkerung vor dem Corona-Virus notwendigerweise im Vordergrund. Die dazu nötigen Gesetze und Maßnahmen bestimmen Bund, Land und Kreis. Sie werden von der Blomberger Verwaltung entsprechend umgesetzt.

Kommunale Aufgabe ist traditionell der **Brandschutz!** Bei trockeneren Sommern und vermehrter Waldbrandgefahr ist die Freiwillige Feuerwehr umso wichtiger. Es kommen auch neue Aufgaben dazu, wie z.B. das Bewässern von Anpflanzungen im Stadtforst. Deshalb wurden im Rat Verbesserungen, Neuanschaffungen und Neubauten für die Wehr einstimmig von allen Parteien genehmigt – auch wenn auf den Fotos immer nur der SPD-Bürgermeister steht!

Wenig Beachtung findet allerdings der **Katastrophenschutz bei einem atomaren Störfall** im AKW Grohnde. Etliche Kommunen – auf Antrag der Grünen auch Blomberg – haben schon 2018 [in einer Resolution](#) die sofortige Abschaltung von Grohnde gefordert.

Eine Klage auf Entzug der Betriebserlaubnis gegen das niedersächsische Umweltministerium als Aufsichtsbehörde für Grohnde, die von Mitgliedern der Grünen mitfinanziert wurde, läuft leider seit sechs Jahren ohne Ergebnis! An dieser Stelle noch einmal herzlichen Dank an alle Blomberger Spender, die die Klage unterstützt haben. Leider stellt das AKW Grohnde nun noch bis Ende der regulären Laufzeit eine akute Gefahr dar!

Der Kreis Lippe hat für einen Störfall und die notwendigen Evakuierungen – besonders betroffen wäre hier der lippische Südosten – eine einzige (!) Notfallstation in Lage vorgesehen, für 25.000 Menschen! 2016 wurde dort ein Evakuierungs-Szenario geübt mit gerade mal 50 Personen. Da eine Katastrophenschutzübung alle 3 Jahre vorgeschrieben ist – das wäre 2019 gewesen – , fordern wir den Kreis auf, diese zeitnah nachzuholen. Es bleibt noch viel zu tun, z.B. **weitere Notfallstationen** planen.

Bei der Einweihung der neuen Blomberger Rettungswache im Juni 2018 stellte sich heraus, dass dort keine Jodtabletten für den Fall eines atomaren Unfalls lagerten, obwohl der Katastrophenschutzleiter uns 2016 versichert hatte, dass die Tabletten für die BürgerInnen dezentral auf allen Rettungswachen gelagert wären. Die Grünen fordern deshalb aktuelle (!) Informationen vom Kreis über „das mit den lippischen Kommunen abgestimmte Konzept“ zur **Lagerung und Verteilung der Jodtabletten**. Zu diesen wichtigen Themen hatten die Grünen 2018 [eine Info-Veranstaltung](#) mit Meinolf Haase (Katastrophenschutzleiter Kreis Lippe) durchgeführt, zusammen mit dem Blomberger Arbeitskreis Atomausstieg.

Die Blomberger Wehr bildet zusammen mit Barntruper Einsatzkräften den ABC-Zug Lippe Süd-Ost, der bei radioaktiven Gefahren auch Messaufgaben vornehmen kann. Wir regen zusätzlich die **Anschaffung eines Messgerätes** für den in der Verwaltung mit Katastrophenschutz befassten Mitarbeiter an. Auf diese Weise kann die Strahlendosis – für die Blomberger Kernstadt – jederzeit abgelesen und bei auffälligen Werten sofort reagiert werden. Der städtische Mitarbeiter sollte 24 Stunden Zugriff auf das Gerät haben. Ein geeignetes Gerät kostet rund 450 €. Im Haushalt stehen für den Bereich ABC-Schutz rund 1.700 € zur Verfügung.

## 5 Ortsteile

### Aktive Begleitung des Dorfentwicklungskonzepts

Hier handelt es sich um das sogenannte **IKEK** (Interkommunales **E**ntwicklungs**k**onzept), eine Entwicklungsstrategie für die Gesamtstadt mit besonderer Konzentration auf die Ortsteile.

Im 1. Halbjahr 2017 fanden **Dorfworkshops** – sogenannte „Werkstätten“ – statt, auf denen die Bewohner zu folgenden Stichwörtern Anregungen geben konnten:

- Dorfgemäße Infrastruktur, Gemeinschaftseinrichtungen
- Begrünung ...
- Erhaltung, Instandsetzung, Gestaltung ländlicher Bausubstanz
- Umnutzung landwirtschaftlicher Gebäude
- Touristische Infrastruktur für den ländlichen Tourismus

Das **Planungsbüro Drees & Huesmann**, Bielefeld, führte eine Bestandsaufnahme und -analyse sowohl für die Gesamtstadt als auch für die Ortsteile durch. Zusammen mit den Ergebnissen aus den Dorfworkshops entwickelte das Büro daraus ein 200 Seiten starkes **Planungskonzept** und stellte im **Oktober 2017** zahlreiche mögliche Maßnahmen und Projekte für die Ortsteile vor.

Durchgeführt wurden bisher die Sanierung der Mehrzweckhalle, ein neuer Anbau an die Halle und ein 1.000 qm großer Festplatz in Istrup. Dafür gab es Fördergelder in Höhe von 413.000 €. Nicht gefördert wurde dagegen der im IKEK geplante Kunstrasenplatz. Hier musste die Stadt selbst tief in die Tasche greifen. (850.000 € Gesamtkosten)

Im **März 2020** stellte das **Ingenieurbüro Müller GmbH** aus Steinheim 15 weitere geplante Maßnahmen in Höhe von 1,55 Mio € (Anteil der Stadt 757.000 €) für den Zeitraum von 2021 bis 2024 vor. Von den zahlreichen vorgeschlagenen Projekten des Büros Drees & Huesmann sind damit lediglich die Erneuerung und Instandsetzung diverser Fußwege, Aufwertung von zwei Dorfplätzen, der Bau eines Radweges, die Sanierung einer Bruchsteinmauer und der Bau eines Gehweges für die Umlegung eines Teilstücks des Nelkenweges übriggeblieben.

Die Grünen fragen sich deshalb, warum 2016 ein teures Dorfentwicklungsprojekt beauftragt und bezahlt wurde, wenn es nun hauptsächlich um Wegeprojekte geht. Da hätte eine einfache Begehung der Ortsteile genügt, um dann **ein** Büro mit der Durchführung der Maßnahmen zu beauftragen.

Wir fragen uns auch, ob es sinnvoll ist, für rund 125.000 € (Anteil der Stadt 45.000 €) einen Gehweg zu bauen, nur um den Nelkenweg direkt durch die Ortsmitte von Reelkirchen zu legen. Da hätte ein Hinweisschild auf die sehenswerte Kirche und die alte Linde – vom jetzigen Nelkenweg nur wenige Meter entfernt – gereicht.

### Schnelles Internet auch für die Ortsteile

Die Digitalisierung schreitet schnell voran und bringt viele Veränderungen im Alltag und in der Berufswelt mit sich. Nicht erst durch die Corona-Pandemie wurde die häusliche Umgebung für viele Blomberger zum neuen Arbeitsplatz und eine leistungsfähige Internetverbindung zur Grundvoraussetzung für die ordnungsgemäße Erledigung der Aufgaben.

Uns Grünen ist es wichtig, dass die Ortsteile nicht abgehängt werden und durch einen flächendeckenden Breitbandausbau auch die letzten weißen Flecken in der Großgemeinde beseitigt werden. Dabei darf es keine Monopolisierung zugunsten einzelner Netzanbieter geben, damit der freie Wettbewerb nicht ausgehebelt wird.

## **Radwegeausbau**

Radfahren wird immer beliebter, auch ältere Menschen sieht man immer öfter auf E-Bikes, sie können damit auch längere und hügelige Strecken gut fahren. Für Berufstätige könnte das Fahrrad eine Alternative zum Auto sein ... ja, wenn es denn ausreichend Radwege gäbe.

Obwohl das Radwegenetz zwischen den Blomberger Ortsteilen schon an vielen Stellen gut ausgebaut ist, gibt es immer noch viele Lücken, z.B. zwischen Brüntrup - Cappel - Kleinenmarpe - Dalborn - Donop. Da diese Straßen oft sehr schmal und unübersichtlich sind, sind Radfahrer dort akut gefährdet.

Ebenfalls stark gefährdet sind Fahrradfahrer, die auf der Ostwestfalenstraße zwischen Istrup und Blomberg auf dem Mehrzweckstreifen unterwegs sind. Die Alternative ist vielen Radfahrern zu weit und zu umständlich: Sie führt zwar über asphaltierte Wirtschaftswege durch das landschaftlich reizvolle Blomberger Hügelland, dafür muss man allerdings einen enormen Umweg in Kauf nehmen. Deswegen werden sich die Grünen dafür einsetzen, dass ein Radweg zwischen Blomberg und Istrup realisiert wird.

Unvollständig ist auch die Radwegeverbindung zwischen Blomberg Stadt und dem östlichsten Ortsteil Eschenbruch. Zwar kann der Radweg entlang der B1 Richtung Barntrop benutzt werden, aber an der Abzweigung am Frettholz in Richtung Hagen/Bad Pyrmont ist Schluss. Bei der Stadt Barntrop gibt es Vorplanungen für einen straßenbegleitenden Radweg entlang der L947, dieser müsste aber bei Klus bzw. Graben bis zur Landesgrenze in Hagen über Blomberger Gebiet führen. Um in dieser Sache Klarheit herzustellen, sollten diesbezüglich Absprachen zwischen Barntrop und Blomberg geführt werden.

Der Bund fördert seit 2017 den Ausbau des Radwegenetzes und hat im Rahmen des beschlossenen Klimapaketes die Summe sogar verdoppelt. Nicht nur die Radfahrer, alle Bürger/innen profitieren in Bezug auf Luftreinhaltung und Autoverkehr davon, wenn mehr Menschen mit Fahrrad unterwegs sind.

## **Motorradlärm deutlich reduzieren**

Das Problem des Motorradlärms wird größer. Die Zahlen zugelassener Motorräder sind in den vergangenen Jahren stark angestiegen. In Blomberg ist besonders der Ortsteil Eschenbruch betroffen. Er liegt im Mittelpunkt kurvenreicher, von Motorradfahrern besonders beliebter Fahrstrecken. Auch wenn es nur ein Teil der Motorradscene ist, der sich durch rasante Fahrweise verantwortungslos verhält, so fühlen sich doch viele Bewohner massiv gestört. Lärm kann auf Dauer krank machen!

Leider werden die gesetzlichen Regelungen für Motorräder vielfach auf EU- und Bundesebene erlassen, so dass die Kommunen hier an ihre Grenzen stoßen. Immerhin hat der Bundesrat im Mai 20 einen Gesetzesvorstoß zu Sonntags- und Feiertagsfahrverboten initiiert. Was kann dann noch auf kommunaler Ebene passieren? Als vielversprechend haben sich sogenannte Lärm-Displays herausgestellt. Sie erkennen, wenn ein Zweirad zu laut fährt und weisen den Fahrer darauf hin. Dadurch kann eine erkennbare und hörbare Lärminderung erreicht werden. Die direkte Ansprache durch die Displays führt zu mehr Rücksicht.

Die Grünen schlagen deshalb vor, im Ortsteil Eschenbruch an passenden Stellen solche **Lärm-displays** zu installieren. Außerdem schlagen wir vor, **Initiativen gegen Motorradlärm** zu unterstützen und sich entsprechend zu vernetzen (z.B. [www.silent-rider.de](http://www.silent-rider.de) oder [www.motorradlaerm.de](http://www.motorradlaerm.de)). Weitere Maßnahmen können zeitlich begrenzte Fahrverbote oder Totalsperrungen für bestimmte Fahrstrecken sein, soweit es die Gesetzeslage erlaubt.

### **DorfFunk-Apps ausweiten**

Blombergs Ortsteil Eschenbruch ist eines von zehn Dörfern in Lippe des kreisweiten Projekts „Smart Country Side“ (SCS), ein mit Mitteln aus dem „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE) gefördertes Kooperationsprojekt der Kreise Lippe und Höxter. Aus diesem Projekt ist u.a. die „DorfFunk“-App als digitale Lösung zur Verbesserung der Lebensqualität auf dem Land entstanden und im Frühjahr 2019 in Eschenbruch an den Start gegangen. Damit verbunden ist die Webseite [www.dorfgemeinschaft-eschenbruch.de](http://www.dorfgemeinschaft-eschenbruch.de).

Über die DorfFunk-App gibt es u.a. die Möglichkeit, sich über lokale Ereignisse zu informieren, einen Dorf-Terminkalender zu pflegen oder über die Funktion „Biete/Suche“ Gegenstände oder Dienstleistungen zu vermitteln. Darüber hinaus ist eine Chat-Funktion für die dörfliche Kommunikation integriert.

Die Grünen setzen sich dafür ein, dass mittelfristig auch andere Blomberger Ortsteile ihre eigene DorfFunk-App einschließlich eigener Dorf-Webseite bekommen, **wenn sie das wünschen**. In manchen Ortsteilen gibt es nämlich bereits eigene Homepages, die viele Funktionen der „offiziellen“ DorfFunk-App bereits umfassen oder teilweise sogar darüber hinausgehen, z.B. in Herrentrup und Wellentrup.

Das Projekt DorfFunk-App kann allerdings auf Dauer nur dann funktionieren, wenn die Finanzierung durch den Kreis und die Kommune nachhaltig gewährleistet ist.